

Bezugspreis:
Für Dresden vierjährlich 3 Mark 50 Pf., bei
den Kaiserl. deutschen Postanstalten vierjährl.
3 Mark; außerhalb des deutschen Reiches
tritt Post- und Stempelsauschlag hinzu.

Einzelne Nummern: 10 Pf.

Ankündigungsgebühren:
Für den Raum einer gespaltenen Zeile kleiner
Schrift 20 Pf. Unter „Eingesandt“ die Zeile 50 Pf.
Bei Tabellen und Ziffernsets entsprech. Aufschlag.

Erscheinen:

Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage abends.
Fernsprech-Anschluss: Nr. 1295.

Amtlicher Teil.

Dresden, 28. Februar. Se. Majestät der König haben dem Amtsrichter Ernst Leuchhardt in Leipzig zum Rath bei dem Landgericht Leipzig und den Landgerichtsrath Albrecht Johannes Wolfram befahl zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht Leipzig zu ernennen Allergnädigst geruht.

Se. Majestät der König haben dem Garde-Meuble-Bewahrer Johann Christlieb Kirsten das Albrechtskreuz zu verleihen Allergnädigst geruht.

Wichtigster Teil.**Telegraphische Nachrichten.**

Madrid, 28. Februar. (Tel. d. Dresden. Journ.) Ihre Majestät die Königin unterzeichnete einen Gnadenbrief zu Gunsten des Herzogs von Coella.

London, 28. Februar. (Tel. d. Dresden. Journ.) Wie die Times aus Sanfobal meldet, verläutet dort grüchtheitweise, Banaheri wolle Frieden mit Deutschland schließen.

St. Petersburg, 28. Februar. (Tel. d. Dresden. Journ.) Der Militärtatort bei der deutschen Botschaft, Oberst Villaume, ist ernstlich erkrankt.

Bukarest, 28. Februar. (Tel. d. Dresden. Journ.) Die parlamentarische Tagung wurde bis zum 27. März verlängert. Die Kammer nahm gebraucht mit 68 gegen 34 Et. einen Antrag auf, wonach die Deputierten zwischen bestolzen Amtern und einem Deputiertenmandat wählen müssen, und begann also dann die Beratung betreffs Einführung der Goldwährung.

Sofia, 27. Februar. (W. T. B.) Wie die „Agence Balkanique“ erfährt, wäre die Regierung anlässlich der Panhabschaire willens, bei den nächsten Schritten wegen der Anerkennung des Prinzen von Coburg zu thun, um auf diese Weise dem gegenwärtigen Zustande ein Ende zu setzen. Es habe sich als evident herausgestellt, daß so lange die gegenwärtigen Verhältnisse fortdueren, auch Thür und Thür großes sei, um Verwirrungen im Lande anzuzetteln.

Dresden, 28. Februar.

Die ungarische Parlamentariedposition und Dr. v. Tisza.

Das ungarische Abgeordnetenhaus war in den letzten Tagen wieder der Schamplatz von Zermessen, welche überall den reizlichsten Eindruck hervorgerufen haben. Die Opposition hält offenbar an ihrer Absicht, Tisza zum Rücktritt zu zwingen, mit großer Zähigkeit fest und sie scheint zur Erreichung ihres Ziels auch vor den verwerflichsten Mitteln nicht zurückzuschrecken. Bisher ist es ihr zwar noch nicht gelungen, den Ministerpräsidenten zu treffen, wohl aber ist das Ansehen Ungarns sowohl wie das des gesamten Parlamentarismus von ihr aufs schwerste geschädigt worden und es erscheint fraglich, ob sich Dr. v. Tisza nicht schließlich doch noch veranlaßt finden wird, von seinem Posten zurückzutreten. Am Ende wird er es müde werden, sich fortwährend zur Zielscheibe der Angriffe seiner Gegner machen zu lassen und seine Person unangenehm den wohlmeisten Beobachtern auszusehen. Für die weitere politische Entwicklung Ungarns wäre ein solcher Ausgang ein schwerer Verlust. Dr. v. Tisza hat sich während seiner 15-jährigen Amtszeit nicht nachdrücklich bemüht, das Wohl des Landes zu fördern und eine Reihe wichtiger Gesetzesvorlagen verdanken seiner Anregung ihre Entstehung. Indem würde, wenn er, der die Rechtlichkeit des Parlaments auf seiner Seite hat, sich durch

das Verhalten seiner Gegner von seinem Posten verdrängen ließe, auf die makelosen Ausschreitungen der Opposition gewissermaßen eine Prämie gelegt, die nur zu leicht zu Wiederholungen ähnlicher Art reizen könnte. Alle angehenden Wiener Blätter äußern sich, wie begreiflich, mit großer Entrüstung über die Unzufriedenheit einer Parlamentsminorität, welche sich verweisen will, dem Lande ihren Willen aufzuzwingen und geben dem Wanthe Ausdruck, daß sich Mittel und Wege finden lassen werden, den Ausschreitungen der Opposition ein Ziel zu setzen. So sagt die Wiener Presse:

Man darf sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß im ungarischen Reichstage die jährliche parlamentarische Kritik vom vorigen Jahr soeben eine neue Auslage erlebt. Auf der einen Seite steht der Ministerpräsident Koloman v. Tisza, der sich im Bewußtsein seiner Erfolge und Verdienste mit vollstem Recht auf das Vertrauen der Krone und auf die Unterstützung einer fast zweidrittelmehrheit des Parlaments beruft; auf der anderen Seite steht die Opposition, welche das fünfzehnjährige Regiment des Nationalstaates nicht mehr ertragen mag und dessen Rücktritt um jeden Preis erzwingen will. Das Ministerium selbst, nämlich die Kollegen Tisza, kommen dabei so wenig in Frage, wie die Mehrheit. Die Opposition weiß recht gut, daß sie selbst nach dem Rücktritt des Ministerpräsidenten nicht ans Amt gelangen würde, aber sie hofft der Erfüllung ihrer politischen Bestrebungen näher zu kommen, wenn die fünfzehnjährige Herrschaft Tisza ihr Ende erreicht haben wird. Es handelt sich also um keine Verhinderung der Parteiwerthaltigkeit, sondern lediglich um die persönliche Stellung des Ministerpräsidenten, der zugleich der Führer des Reichstagdomein ist.

Vornehmlich hat die Opposition schon im vorigen Jahre gelegentlich der dreimonatlichen Wehrgefechte dieselbe Frage gestellt. Daraus ergo folgte die durchaus begründete Antwort, daß ein Minister dem eigenfinnen und gewaltthätigen Drängen einer Minderheit nicht nachgeben dürfe, wenn er sich im Besitz des vollen Vertrauens der entscheidenden konstitutionellen Haltoren befindet — denn der Rücktritt würde in einem solchen Falle die Grundsätze des Parlamentarismus aus den Augen stellen. Die Opposition des ungarischen Reichstags änderte hierauf ihre Haltung; sie verhandelte während der eben abgelaufenen Budgetdebatte mit einer hellen Ruhe und Sachlichkeit, an welcher höchstens die ziemlich schwach verhüllte Ironie und Kampfscheitern aufzuholen konnte. Ministerpräsident Tisza hatte nun mehr — nach der Vertheidigung seiner Anhänger — keinen Grund, seine Entlassung zu nehmen. Er befand sich im Besitz des vollen Vertrauens der Krone und der Mehrheit, die Opposition war zähm und vernünftig geworden — und in solcher Lage steht kein Minister die Entlassung zu geben, wenn er nicht will. Es war also schon vor mehreren Wochen offenbar geworden: Ministerpräsident v. Tisza will auf jeden Fall auf seinem Poste bleiben; wer darüber nicht ganz im Klaren war, der konnte dies aus den letzten Niederschriften des ungarischen Nationalstaates ganz klar und deutlich entnehmen. Und in der That steht die Lage heute noch immer so: Koloman v. Tisza wird Ministerpräsident bleiben, so lange er will — und es wird die Opposition des ungarischen Reichstages sehr gut daran thun, wenn sie sich dieses Verhältnis in einer ganzen Einfachheit und Nachtheit noch für einige Zeit gegenwärtig hält.

Politisch und parlamentarisch genommen hat der gestrige Untergang im Reichstage nicht viel zu bedeuten. Es ist allerdings vom Standpunkte der parlamentarischen Würde sehr zu bedauern, aber er wird sich in der Folge gewiß noch öfter wiederholen, weil eben die Opposition kein anderes Mittel besitzt, um gegen die

dramatischen Aktion, darin das Steinmetzliche zum Vorteil von Göttern, Riesen und Dämonen zurückgedrängt ist, ohne daß irgendwo jene tiefe Symbol aufblüht, welche die Sage um ihre Göttergestalten vor die Handlung mit ihren übermenschlichen Trägern, deren naturnotwendig schreckliche Verkörperung unsere Phantasie verleiht, mit ihren Hauptpersonen, den Bevölkern der Welt, deren Ohnmacht im Thun und Lassen und Schärmlichkeit im Denken und Empfinden unter von der Mythologie genährte Vorstellung irrirt, ließ sich im besten Falle ein bloßes äußerliches Interesse gewinnen. Und während nur der Russek in der aufmerksamen, lohnenden Betrachtung der neuen Mittel und der neuen Verhandlung und Verwendung des instrumentalen Ausdrucksreiches Entschuldigung suchte und in der Bewunderung von Wagners großem Kombinationstalent für Instrumentierung und Harmonisierung, das sich mit reicher Erfindungskraft im Abythmus und in der Dynomie vortrefflich verknüpft, auch teilweise ja, daß sich der größte Teil des Publikums auf die wenigen allerdings mit fandigster Hand vorbereiteten und mit glänzendem Einfall aller irgend vorhandenen Mittel herbeigeführten lyrischen und malerischen, poetischen und dramatischen Höhepunkt der Handlung, auf einzelne überzeugende Klangeffekte und Reize der instrumentalen Sprache, die manigfache Versteitung der vorgenannten Leitmotive, in der Hauptstadt aber auf die Künste des Dekorations-, Kostüm- und Maskewesens angewiesen, welche der Komponist hier wie in seiner zweiten Schönheit zu einem blendenden Spiel feierhafter Überzeugungen und fernischer Zauberer aufzuboten hat.

Diese Bemerkungen, welche auf Neuheit keinen An-

Geduld und die Fähigkeit des Ministerpräsidenten aufzuladen und anzufeuern. Die Veronlassung des gefragten Tumults war keine sehr ungewöhnliche. Der Adv. Cornel Abranyi von der gewäßigten Opposition hatte gesagt: „Die Körde, mit welcher der Ministerpräsident bisher alles um sich her starr machte, schlägt ihm nicht mehr; es schlägt ihn seine Großmachtlosigkeit mehr, sein Stahlpanzer, sondern nur noch eine blasse Höhle, die Haut seines Gesichts.“ Es ist nicht unmöglich, daß bei der jetzt eben im Reichstage herrschenden Unruhe von eingeladenen Worte „az arcantlás bőre“ (die Gesichtshaut) für „az arcatlásán“ (Unverantwortlichkeit) gehört und verbreitet wurden und es entstand so jener halbständige Tumult, über den in allen Blättern berichtet worden ist. In der That hatte Abranyi dem Ministerpräsidenten keine Schmeichelei gesagt, doch sind im ungarischen Parlamente schon viel schlimmere Dinge gesagt worden, ohne daß ein solcher Lärm wie gestern vorgebrochen wäre. Nicht mit Unrecht, wenn auch mit unangebrachten Bosheit, erinnern heute Buda-Pest Blätter an eine sehr stürmische Scene im ungarischen Reichstage zu Ende des Jahres 1872, welche den Sturz des Grafen Melchior Lónyay unmittelbar vorherging. Die Regierung hatte damals bei den Neuwahlen einen bedeutenden Sieg über die Linke errungen und Ludwig Chernatow sagte namens seiner ungebürgt gewordenen Partei zur Regierung gewendet: „daß, während das Land verarmt, die Minister Palásti bauen.“

Es war also weder das, was Abranyi sagte, besonders ungewöhnlich, noch kommt dem daraus gefolgten Tumult in diesem Augenblick eine besondere schwerwiegende Bedeutung zu. Das Bedeutendste dabei ist nur, daß sich derart Scenen vielleicht schon in den nächsten Tagen, jedenfalls aber bei einer späteren Gelegenheit erneut werden — und zwar so lange, als Koloman v. Tisza Ministerpräsident bleibt. Denn darüber kann noch den Erfahrungen der letzten zwölf Monate gar kein Zweifel mehr sein, daß sich die Opposition des Reichstags nicht lediglich von einer plötzlich aufzuhemmenden und darum ebenso plötzlich verschwindenden Leidenschaft leiten läßt. Sie hat es sich nun einmal in den Kopf gesetzt, den Ministerpräsidenten zum Rücktritt zu zwingen, und sie wird jede fahrbare Gelegenheit ergreifen, um ihren Hahn und Trompete ganze Reichstagssitzungen zur Geltung zu bringen, und eben darin liegt die parlamentarische Kritik und ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung der Dinge in Ungarn. Es ist noch unklar, ob Tisza den Ministerpräsident bleibt. Denn darüber kann noch den Erfahrungen der letzten zwölf Monate gar kein Zweifel mehr sein, daß sich die Opposition des Reichstags nicht lediglich von einer plötzlich aufzuhemmenden und darum ebenso plötzlich verschwindenden Leidenschaft leiten läßt. Sie hat es sich nun einmal in den Kopf gesetzt, den Ministerpräsidenten zum Rücktritt zu zwingen, und sie wird jede fahrbare Gelegenheit ergreifen, um ihren Hahn und Trompete ganze Reichstagssitzungen zur Geltung zu bringen, und eben darin liegt die parlamentarische Kritik und ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung der Dinge in Ungarn. Es ist noch unklar, ob Tisza den Ministerpräsident bleibt.

Es handelt sich weiter, daß Abranyi gesagt, beiderlei ungewöhnlich, noch kommt dem daraus gefolgten Tumult in diesem Augenblick eine besondere schwerwiegende Bedeutung zu. Das Bedeutendste dabei ist nur, daß sich derart Scenen vielleicht schon in den nächsten Tagen, jedenfalls aber bei einer späteren Gelegenheit erneut werden — und zwar so lange, als Koloman v. Tisza Ministerpräsident bleibt. Denn darüber kann noch den Erfahrungen der letzten zwölf Monate gar kein Zweifel mehr sein, daß sich die Opposition des Reichstags nicht lediglich von einer plötzlich aufzuhemmenden und darum ebenso plötzlich verschwindenden Leidenschaft leiten läßt. Sie hat es sich nun einmal in den Kopf gesetzt, den Ministerpräsidenten zum Rücktritt zu zwingen, und sie wird jede fahrbare Gelegenheit ergreifen, um ihren Hahn und Trompete ganze Reichstagssitzungen zur Geltung zu bringen, und eben darin liegt die parlamentarische Kritik und ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung der Dinge in Ungarn. Es ist noch unklar, ob Tisza den Ministerpräsident bleibt.

Wir suchen den Vorgängen innerhalb des Partei- und eben darin liegt die parlamentarische Kritik und ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung der Dinge in Ungarn. Es ist noch unklar, ob Tisza den Ministerpräsident bleibt. Denn darüber kann noch den Erfahrungen der letzten zwölf Monate gar kein Zweifel mehr sein, daß sich die Opposition des Reichstags nicht lediglich von einer plötzlich aufzuhemmenden und darum ebenso plötzlich verschwindenden Leidenschaft leiten läßt. Sie hat es sich nun einmal in den Kopf gesetzt, den Ministerpräsidenten zum Rücktritt zu zwingen, und sie wird jede fahrbare Gelegenheit ergreifen, um ihren Hahn und Trompete ganze Reichstagssitzungen zur Geltung zu bringen, und eben darin liegt die parlamentarische Kritik und ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung der Dinge in Ungarn. Es ist noch unklar, ob Tisza den Ministerpräsident bleibt.

Wir suchen den Vorgängen innerhalb des Partei- und eben darin liegt die parlamentarische Kritik und ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung der Dinge in Ungarn. Es ist noch unklar, ob Tisza den Ministerpräsident bleibt. Denn darüber kann noch den Erfahrungen der letzten zwölf Monate gar kein Zweifel mehr sein, daß sich die Opposition des Reichstags nicht lediglich von einer plötzlich aufzuhemmenden und darum ebenso plötzlich verschwindenden Leidenschaft leiten läßt. Sie hat es sich nun einmal in den Kopf gesetzt, den Ministerpräsidenten zum Rücktritt zu zwingen, und sie wird jede fahrbare Gelegenheit ergreifen, um ihren Hahn und Trompete ganze Reichstagssitzungen zur Geltung zu bringen, und eben darin liegt die parlamentarische Kritik und ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung der Dinge in Ungarn. Es ist noch unklar, ob Tisza den Ministerpräsident bleibt.

gesehen ein, daß die bisher geübten parlamentarischen Auskunftsmittele leine dauernde Hilfe und Befreiung gebracht haben. Wir fühlen uns, wie gesagt, nicht berufen, in diesen Widerstreit der Meinungen einzutreten, und können nur noch Konstatierung einer tatsächlich vorhandenen und nicht unbedenklichen Krisis des freundnachbarlichen Bunsch aussprechen: daß es der Weisheit und vor allem dem Präsidenten des Reichstages sehr bald gelingen möge, wieder normale parlamentarische Verhältnisse herzustellen. Sollten Zugeständnisse gemacht oder Opfer in dieser verfahrenen Lage gebracht werden müssen, dann sollte es eben so rasch als möglich geschahen, denn darüber ist jedermann auch außerhalb Ungarns im Interesse, daß die ungeschmähte Fortdauer oder Wiederholung der jetzigen Krisis sowohl das Ansehen des Parlaments wie das der Regierung in Ungarn untergraben würde.

Tagesgeschichte.

* Berlin, 27. Februar. Se. Majestät der Kaiser präzidierte heute der zweiten Abteilungssitzung des Staatsrats, welche bis in die 6. Nachmittagssitzung hinein dauerte. Abends fand bei den Kaiserl. Majestäten anlässlich Allerhöchstes heutigen Vermählungstages eine große Festfeier statt.

— Die „B. P. A.“ schreibt: Wir können bestätigen, daß der Reichskanzler seine Zustimmung zu dem geplanten Verlauf des Hauptteiles der Beisetzungen der deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika an ein auswärtiges Komitorum verlost.

Die Presse darunter auch die den kolonialen Unternehmungen freundlich gefüllte, beschäftigt sich seit einigen Tagen sehr eingehend mit den bevorstehenden oder beabsichtigten militärischen Maßnahmen im deutsch-südafrikanischen Schutzbereiche. Es werden genaue und eingehende Mitteilungen über geplante oder in Durchführung begriffene Ausrüstungen mit Kanonen, Gewehren und Munition, über Truppenbewegungen und dergleichen mehr mitgeteilt und dabei ganz übersehen, daß es sich um Geheimnisse der deutschen Kriegsführung gegen die ostafrikanischen Rebellen und Slavenjäger handelt, worüber keiner gesagt wurde. Wir glauben, daß es nur dieser Erinnerung bedarf, um dem Ueberstande abzuhelfen.

Was die vielbetonte Reise des Majors Liebert nach Ostafrika betrifft, so können wir versichern, daß derartige leimter militärische Aufgaben in Ostafrika zu lösen hat. Auch die eindrücklichen Wiedergaben über einen geplanten großen Erbgerüttzug Eman Pasha sind mit größter Vorsicht aufzunehmen. Es handelt sich weder um eine Erbgerüttzung Adelais noch der östlich vom Tananala gelegenen Gebiete, sondern einzig und allein um die Thatsache, daß der gewiss bereitigte Bunsch zu bestehen scheint, Emin Pasha, welcher, wie wenige vor ihm, Erfahrungen in zentralafrikanischen Angelegenheiten besitzt, für die deutschen Interessen in Ostafrika zu gewinnen. Sein vorerledigtes Verhältnis ist ein durchaus befriedigendes und aus seinem Verbleiben in Bagamoyo darf man vielleicht schließen, daß er nicht abgenutzt sei, eventuell an ihn herangetretene oder herantretende Bunde in der oben bezeichneten Richtung zu erhalten.

— Der Geschenkwurf, betreffend die Errichtung von Gewerbeberichten und Einigungsämtern, welches bekanntlich bereits vom Bundesrat angenommen ist, ist an die Mitglieder des Staatsrats verteilt worden. Wenngleich von einer eigentlichen Beurteilung des Geschenkwurfs durch den Staatsrat nicht gut die Rede sein kann, dem leisten der Entwurf vielmehr nur zur Kenntnisnahme vorgelegt worden ist, so wird doch deshalb großes Interesse entgegen-

Mitwirkenden voll künstlerischen Eifers für den erreichbar besten Gesamteindruck des Werkes ein.

Die Enkel.

Erzählung aus dem Lande von S. & Tindlage (Fortsetzung)

„Baron Warthen!“ unterbrach der Diener die laute Heiterkeit des Zukunftsbildungsraums. „Er ist willkommen!“ Sie ehrte dem Gäste entgegen mit jener vielversprechenden, ernsten Freude, welche sich infolge neuer Belebung einiger Personen, wie solche seit kurzem eingetreten ist, noch weiterhin gehoben hat, der obnebenwähnenden Teilnahme für einige Zeit kräftigen Widerstand leisten kann. Den Warthen sah ich jetzt Dr. Scheidemann. Er sieht ließ mich blitze: Figur in der seiner Poseviertel, der Körpe, der Haltung und der Ausdrucksweise, die er selbst mit größtmöglicher Natürlichkeit und Leichtigkeit erfüllt. Er ist ein sehr guter Mensch, der sehr gern und sehr leicht gesprächig ist, aber er ist kein Mensch, der leicht in die Diskussionen und Streitigkeiten verwickelt wird. Er ist ein Mensch, der sehr gern und sehr leicht gesprächig ist, aber er ist kein Mensch, der leicht in die Diskussionen und Streitigkeiten verwickelt wird.

„Ich bin erfreut, Warthen, mich bei Ihnen rehbar zu dürfen, nachdem ich meiner armen Schwester hier so viele Threnen gelöst habe! Sie als Weltmann begreifen natürlich besser, als ein ängstliches junges Mädchen, wie leicht ein ungefährter Vorbereiter in Beziehungen gedrängt wird, die er selbst am wenigsten zu bewerten vermag, und wie gern man den Namen eines so hilflosen Däurigen hat!“

„Warthen nahm Kurz ihm gebotene Hand: „Wenn Sie auch nach dieser Richtung meines Beisandes bedürfen sollten, Warthen de Lave, so siehe ich von Herzen gern zur Verfügung! Es ist mir doppelt erwünscht, Sie hier zu finden, um in Ihrem Beisein eine Frage an die Komitee, Ihre treffliche Schwester,

gebracht werden, weil das in ihm enthaltene Material reichhaltig und wertvoll genug ist, um bei den Erörterungen der dem Staatsrat vorliegenden Fragen mit als Unterlage dienen zu können.

Über den äußeren Gang der gestrigen Verhandlungen der Staatsratsabteilungen hört man, den „P. P. R.“ zufolge, daß Se. Majestät der Kaiser die Leitung derselben mit bewundernswertem Umsicht führte und mit starker Objektivität seines selbst gewählten Amtes walzte, sowie mit gespannter Aufmerksamkeit dem Gange der Diskussion folgte. Großartig wurde die geistige Sitzung bekanntlich durch ein Referat des Oberbürgermeisters Dr. Winkel und das Referat des ges. Finanzrat Jenke, denen eine sehr eingehende Debatte folgte. An dem Frühstück, welches in einem Nebenzimmer des Reichstags des Innern eingenommen wurde, nahm auch der Kaiser teil und unterhielt sich während der Pause in der ihm eigenen lebenslängen und alle Herzen gewinnenden Weise mit den einzelnen Mitgliedern des Staatsrats. Der Reichskanzler hatte nach der Frühstückssitzung die Signur verlassen, da ihn anderweitige Geschäfte abrufen. Dente nahmen die Verhandlungen um 10 Uhr ihren Anfang, schon eine Viertelstunde vorher war der Kaiser im Reichstam des Innern erschienen.

— Die „Nordd. Allg. Zeit.“ schreibt heute an letzterer Stelle:

Wenn man die Auslassungen hauptsächlich der französischen Männer über das Wahlergebnis auf ihrem Inhalt prüft, so wird man die sehr widerstreitende Behauptung finden, daß Frankreich sei geschlagen, und wiederum möge jeder Volksmund von Herzen sein froh. Allerdings dagegen, daß bisher das Wahlergebnis infolge der zahlreichen Stimmenabzüge noch gar nicht zu übersehen ist, vergeben die französischen Triumphanten gänzlich, was eigentlich bei Wahlen des Kastells bedeute. Nur weil sie doch nichts einzeln angezeigt haben können, so heißt der Untergang des Kastells bewiesen. Das Kastell bedeckt das Zusammenwirken aller derjenigen politischen Elemente, welche die deutsche gesetzliche Ordnung aufrecht erhalten wollen, und infolge die revolutionären Tendenzen der Gesellschaftsbehörden müssen. Es gehören deshalb zum Kastell nicht nur Politiker und Wähler, es in dessen Füßen gefangen werden, denn die große Mehrheit des deutschen Volkes, darüber kann doch auch gegenwärtig kein Zweifel bestehen, will die bestehende Ordnung der Dinge im Reiche aufrecht erhalten.

Wenn diejenigen Parteien, welche das konservativ-zusammengeschlossene Kastell im Brüderlande erbaut haben, an Wahlen ausgeschlossen hätten, so spricht das in keiner Weise gegen den natürlichen und notwendigen Gedanken, welcher im Kastell seine Basis durchaus nicht vorhandenen Vertrag gründet hat. Es war vielleicht ein Fehler, daß man den Reichsverfassungen keinen Gedanken, welcher das Volk betreift, in die Beschlüsse festgestellte. Einmal würden sie den Kastell nicht bestimmen müssen. Es gehören deshalb zum Kastell nicht mehr Politiker und Wähler, als in dessen Füßen gefangen werden, denn die große Mehrheit des deutschen Volkes, darüber kann doch auch gegenwärtig kein Zweifel bestehen, will die bestehende Ordnung der Dinge im Reiche aufrecht erhalten.

Nichts wäre verfehlter, wenn man aus der That, daß die speziellsten Kastellparteien nicht mehr die absolute Mehrheit im Reichstage hätten, den Schluß ziehen wollte, daß damit die natürliche deutsche Politik des inneren Ausbaus des Reiches auf verfallungsmäßiger Grundlage eigentlich eine Änderung erzielten würde. Das glaubten auch jene französischen Männer, welche sich in Jubelstimmen über den Zusammenschluß des Kastells ergaben zu müssen glaubten.

Wahr denn je ist, daß die Mehrheit gezeigt und wiederholt anerkannt, daß alle diejenigen Parteien, welche unsere staatliche und gesetzliche Ordnung erhalten wollen, sich zusammenzuhalten; so hat diese der zwanzig im Kastell verfehlte, aber von großer überwältigender Macht gebildete, das Kastell ebenfalls als richtig anerkannt Gebante der den Reichstag wählen den Zug davorgetragen, und was darf ohne, daß der Zusammenhalt der Staatsverhältnisse Elemente gegen die Umwaltungspartei nur Vorherrschaft machen würd.

Nur ein im engsten französischen Beziehungen stehende eines Zusammenschlusses des Kastells sprechen, da bei leidende Gebeine, wie jetzt momentan bei den Stimmabzügen deutlich zu erkennen ist, ist alle bürgerlichen Parteien berechtigt.

— Paris, 26. Februar. In der Kammer wurde gestern der Änderungsvorlesung zum Gesetz über die militärischen Zwangsläufe, welcher den bürgerlichen Behörden fünfzig gestattet soll, die sie im Namen der Militärverwaltung vorzunehmen, verhandelt.

Die Abg. Holz d' Oissel und Baron Reille befürworteten die Reuerung mit der Absicht, daß alle Freiheit sei ausdrücklich und breiteste nicht gehindert zu werden.

Der Kriegsminister der Freizeit jedoch dagegen an Beispiel von Paris die Vorteile des neuen Systems erläuterte. Die Verbundmittelversorgung von Paris im Kriegsfalle werde sich auf mehrere Departements häufen müssen und ohne Misswirkung der bürgerlichen Behörden unmöglich sein. Im Falle einer Kriegsbereitschaft werde Paris für längere Zeit als Mill. Menschen in verdeckten haben. Es müsse daher schon vorher

zu stellen, deren Beantwortung ich mit so freier Hoffnung entgegenlebe, daß ich mich keinem anderen Gedanken hingeben kann. Geliebte Erna, Sie werden das, was vor Jahren hinter mir zwischen uns stand, jetzt als bestreit und überwunden anerkennen und in mir den unveränderlichen Charakter, der Ihres höchsten Vertrauens würdig ist!“

„Ich habe mir selbst gesagt, was Sie soeben aussprechen und glaube in den Tagen der Zeit den Wink des Schicksals zu erkennen, der —“

„Geduldige Romantische — ein Herr wünscht vorgelassen zu werden!“ meldete der Diener.

„Ein Herr? — Wer ist der Herr?“

„Er nannte keinen Namen, er sagte, er komme vom Oberhof!“

„Kiebuhu oder — führen Sie ihn herein.“

In der Thür stand Gerdt.

„O Gott! meiner Mutter etwas zugestohlen, Gerdt?“

„Nein, sie lädt grüßen, ich kam — in Gestalten.“

„Gott Lob, Mutter ist wohl! Sché Dich, Gerdt, und sag, was Dich herbringt, ich habe vor diesen Herren keine Geheimnisse!“

Gerdt war wirklich ein Herr, wie er da stand und seine Augen auf Kurt und Baron Marken hielten. Herr, weil unabsehbar Gedienten, Wohlgebendes in seinem Aufruhr lag. Kurt hatte nicht viel Lust, seine unangenehme Überprüfung mit einer leichten Bedenkt zu verblassen, aber das gelang nicht, er kniff die Lippen zusammen, ging wie gezogen Schritt für Schritt über den Teppich und riechte Gerdt die Hand. Die Seele ward nicht angenommen.

„Wissen Sie denn, Baron“, lachte der junge Baron, „heiter und ingrimig, daß bei uns zu Lande

lebengeföhlt werden, welche Menge von Lebenmitteln jedes Department nach der Hauptstadt zu liefern habe. Die Polstetzen mithin die Haushalte verlaufen. Bei dieser Belehrung entschuldigte Strümpfen mit den Gemeinden, ohne wieder aus der Freiheit freiliegen. Die konträre Regel sei vorzüglich, um die regelmäßige Versorgung der festen Plätze zu sichern. (Sehr gut!)“

Die Kammer nahm hierauf den Änderungsvorschlag an. Hierauf kam der Vorschlag Reinharts, welcher die Ausschließung von Abgeordneten im Falle fortgefechter Widerständigkeit auf die ganze Tagung ausdehnen will, zur Sprache. Der Ausschluß war zwar auch für eine Verschärfung der bestehenden Haussordnung, befürwortete aber nur eine Ausschließung auf 30 Sitzen statt wie bisher auf 15. Der Abg. Bernach stimmte dieser Änderung zu. Magne brachte einen Gegenvorschlag ein, indem er äußerste Strenge gegen Widerständigkeit beantagierte. Der Berichterstatter Charnier vertrat dagegen die Ansicht des Ausschusses. Découle hieß den Antrag für „ebenso kindlich als widerträgig“ und meinte, derselbe werde die Entrüstung des Hauses nicht unterdrücken, wenn Abgeordnete, die nicht gewählt seien, die Niederbühnen bestreiten. (Plauschreue!) Der Präsident erklärte, er lasse die Rechte eines Abgeordneten anstreiten, dessen Wahl regelrecht für gültig erklärt worden sei. (Beifall!) Einen Änderungsvorschlag Découles, welcher die Benutzung mit zeitweiser Ausschließung aufzuladen will, lehnte das Haus ab und nahm den Antrag des Ausschusses mit 277 gegen 23 Stimmen an. — Der Abg. Castelnau beabsichtigte, den Ministerpräsidenten Tirard über das Übereinkommen zu befragen, welches zwischen der Regierung und den Gruppen der Mehrheit bezüglich der allgemeinen Politik zu Stande gekommen sei. Tirard stellt sich diesem Abgeordneten für Dommertag zur Verfügung und wird sich dann, wenn er Castelnau's Gründe und Absichten genau kennt, entscheiden, ob er ihm antworten soll. Castelnau will das System der Vollversammlungen als eine Verleugnung der Verfassung hinstellen, weil es auf eine Abschaffung der Präsidialwahl der Republik, der Ministerverantwortlichkeit und der Rechte der Minorität hinzuandne. — Der „Autoris“ zufolge wird der Abg. Laur wegen der Teilnahme Frankreichs an der Berliner Konferenz ein Auskunftsbeherrschung an die Regierung verlangen. — In seiner Antwort wird der Minister des Äußern Spuller annehmen, aus welchen Gründen die Schweiz ihre Konferenz ausgezogen habe. Deutschland habe seine anfänglichen Pläne geändert und wolle jetzt eine rein wirtschaftliche Konferenz berufen, an der nicht Diplomaten, sondern Botschafter teilnehmen, welche auch französisch verhandeln. Ein derartiges Vergnügen ist dem Chanceller des deutschen Volkes nicht immer unproblematisch, zumal in diesem Falle, wo tatsächlich keine Freiheit, die eigentlich in diesen Rahmen gehören, in deutlichen nicht aufgenommen werden kann. Darum ist aber bei den diesmaligen Reichstagswahlen der Gedanke, es sei notwendig, die staatliche Ordnung aufzuladen, doch seinen deutlichen Ausdruck gefunden. Es wäre vielleicht noch deutlicher geworden, wenn den einzelnen Wahlkreisen freigehalten hätte, nach ihrer Ansicht allein zu handeln, Botschafter aufzustellen, die ihnen genauso waren, ohne Rücksicht auf die Staatsinteressen.

Nichts wäre verfehlter, wenn man aus der That, daß die speziellsten Kastellparteien nicht mehr die absolute Mehrheit im Reichstage hätten, den Schluß ziehen wollte, daß damit die natürliche deutsche Politik des inneren Ausbaus des Reiches auf verfallungsmäßiger Grundlage eigentlich eine Änderung erzielten würde. Das glaubten auch jene französischen Männer, welche sich in Jubelstimmen über den Zusammenschluß des Kastells ergaben.

Wahr denn je ist, daß die Mehrheit gezeigt und wiederholt anerkannt, daß alle diejenigen Parteien, welche unsere staatliche und gesetzliche Ordnung erhalten wollen, sich zusammenzuhalten; so hat diese der zwanzig im Kastell verfehlte, aber von großer überwältigender Macht gebildete, das Kastell ebenfalls als richtig anerkannt Gebante der den Reichstag wählen den Zug davorgetragen, und was darf ohne, daß der Zusammenhalt der Staatsverhältnisse Elemente gegen die Umwaltungspartei nur Vorherrschaft machen würd.

Nur ein im engsten französischen Beziehungen stehende eines Zusammenschlusses des Kastells sprechen, da bei leidende Gebeine, wie jetzt momentan bei den Stimmabzügen deutlich zu erkennen ist, ist alle bürgerlichen Parteien berechtigt.

— Paris, 26. Februar. In der Kammer wurde gestern der Änderungsvorschlag zum Gesetz über die militärischen Zwangsläufe, welcher den bürgerlichen Behörden fünfzig gestattet soll, die sie im Namen der Militärverwaltung vorzunehmen, verhandelt.

Die Abg. Holz d' Oissel und Baron Reille befürworteten die Reuerung mit der Absicht, daß alle Freiheit sei ausdrücklich und breiteste nicht gehindert zu werden.

Der Kriegsminister der Freizeit jedoch dagegen an Beispiel von Paris die Vorteile des neuen Systems erläuterte. Die Verbundmittelversorgung von Paris im Kriegsfalle werde sich auf mehrere Departements häufen müssen und ohne Misswirkung der bürgerlichen Behörden unmöglich sein. Im Falle einer Kriegsbereitschaft werde Paris für längere Zeit als Mill. Menschen in verdeckten haben. Es müsse daher schon vorher

lebengeföhlt werden, welche Menge von Lebenmitteln jedes Department nach der Hauptstadt zu liefern habe. Die Polstetzen mithin die Haushalte verlaufen. Bei dieser Belehrung entschuldigte Strümpfen mit den Gemeinden, ohne wieder aus der Freiheit freiliegen. Die konträre Regel sei vorzüglich, um die regelmäßige Versorgung der festen Plätze zu sichern. (Sehr gut!)“

Die Kammer nahm hierauf den Änderungsvorschlag an. Hierauf kam der Vorschlag Reinharts, welcher die Ausschließung von Abgeordneten im Falle fortgefechter Widerständigkeit auf die ganze Tagung ausdehnen will, zur Sprache. Der Ausschluß war zwar auch für eine Verschärfung der bestehenden Haussordnung, befürwortete aber nur eine Ausschließung auf 30 Sitzen statt wie bisher auf 15. Der Abg. Bernach stimmte dieser Änderung zu. Magne brachte einen Gegenvorschlag ein, indem er äußerste Strenge gegen Widerständigkeit beantagierte. Der Berichterstatter Charnier vertrat dagegen die Ansicht des Ausschusses. Découle hieß den Antrag für „ebenso kindlich als widerträgig“ und meinte, der selbe werde die Entrüstung des Hauses nicht unterdrücken, wenn Abgeordnete, die nicht gewählt seien, die Niederbühnen bestreiten. (Plauschreue!) Der Präsident erklärte, er lasse die Rechte eines Abgeordneten anstreiten, dessen Wahl regelrecht für gültig erklärt worden sei. (Beifall!) Einen Änderungsvorschlag Découles, welcher die Benutzung mit zeitweiser Ausschließung aufzuladen will, lehnte das Haus ab und nahm den Antrag des Ausschusses mit 277 gegen 23 Stimmen an. — Der Abg. Castelnau beabsichtigte, den Ministerpräsidenten Tirard über das Übereinkommen zu befragen, welches zwischen der Regierung und den Gruppen der Mehrheit bezüglich der allgemeinen Politik zu Stande gekommen sei. Tirard stellt sich diesem Abgeordneten für Dommertag zur Verfügung und wird sich dann, wenn er Castelnau's Gründe und Absichten genau kennt, entscheiden, ob er ihm antworten soll. Castelnau will das System der Vollversammlungen als eine Verleugnung der Verfassung hinstellen, weil es auf eine Abschaffung der Präsidialwahl der Republik, der Ministerverantwortlichkeit und der Rechte der Minorität hinzuandne. — Der „Autoris“ zufolge wird der Abg. Laur wegen der Teilnahme Frankreichs an der Berliner Konferenz ein Auskunftsbeherrschung an die Regierung verlangen. — In seiner Antwort wird der Minister des Äußern Spuller annehmen, aus welchen Gründen die Schweiz ihre Konferenz ausgezogen habe. Deutschland habe seine anfänglichen Pläne geändert und wolle jetzt eine rein wirtschaftliche Konferenz berufen, an der nicht Diplomaten, sondern Botschafter teilnehmen, welche auch französisch verhandeln. Ein derartiges Vergnügen ist dem Chanceller des deutschen Volkes nicht immer unproblematisch, zumal in diesem Falle, wo tatsächlich keine Freiheit, die eigentlich in diesen Rahmen gehören, in deutlichen nicht aufgenommen werden kann. Darum ist aber bei den diesmaligen Reichstagswahlen der Gedanke, es sei notwendig, die staatliche Ordnung aufzuladen, doch seinen deutlichen Ausdruck gefunden. Es wäre vielleicht noch deutlicher geworden, wenn den einzelnen Wahlkreisen freigehalten hätte, nach ihrer Ansicht allein zu handeln, Botschafter aufzustellen, die ihnen genauso waren, ohne Rücksicht auf die Staatsinteressen.

Nichts wäre verfehlter, wenn man aus der That, daß die speziellsten Kastellparteien nicht mehr die absolute Mehrheit im Reichstage hätten, den Schluß ziehen wollte, daß damit die natürliche deutsche Politik des inneren Ausbaus des Reiches auf verfallungsmäßiger Grundlage eigentlich eine Änderung erzielten würde. Das glaubten auch jene französischen Männer, welche sich in Jubelstimmen über den Zusammenschluß des Kastells ergaben.

Wahr denn je ist, daß die Mehrheit gezeigt und wiederholt anerkannt, daß alle diejenigen Parteien, welche unsere staatliche und gesetzliche Ordnung erhalten wollen, sich zusammenzuhalten; so hat diese der zwanzig im Kastell verfehlte, aber von großer überwältigender Macht gebildete, das Kastell ebenfalls als richtig anerkannt Gebante der den Reichstag wählen den Zug davorgetragen, und was darf ohne, daß der Zusammenhalt der Staatsverhältnisse Elemente gegen die Umwaltungspartei nur Vorherrschaft machen würd.

Nur ein im engsten französischen Beziehungen stehende eines Zusammenschlusses des Kastells sprechen, da bei leidende Gebeine, wie jetzt momentan bei den Stimmabzügen deutlich zu erkennen ist, ist alle bürgerlichen Parteien berechtigt.

— Paris, 26. Februar. In der Kammer wurde gestern der Änderungsvorschlag zum Gesetz über die militärischen Zwangsläufe, welcher den bürgerlichen Behörden fünfzig gestattet soll, die sie im Namen der Militärverwaltung vorzunehmen, verhandelt.

Die Abg. Holz d' Oissel und Baron Reille befürworteten die Reuerung mit der Absicht, daß alle Freiheit sei ausdrücklich und breiteste nicht gehindert zu werden.

Der Kriegsminister der Freizeit jedoch dagegen an Beispiel von Paris die Vorteile des neuen Systems erläuterte. Die Verbundmittelversorgung von Paris im Kriegsfalle werde sich auf mehrere Departements häufen müssen und ohne Misswirkung der bürgerlichen Behörden unmöglich sein. Im Falle einer Kriegsbereitschaft werde Paris für längere Zeit als Mill. Menschen in verdeckten haben. Es müsse daher schon vorher

lebengeföhlt werden, welche Menge von Lebenmitteln jedes Department nach der Hauptstadt zu liefern habe. Die Polstetzen mithin die Haushalte verlaufen. Bei dieser Belehrung entschuldigte Strümpfen mit den Gemeinden, ohne wieder aus der Freiheit freiliegen. Die konträre Regel sei vorzüglich, um die regelmäßige Versorgung der festen Plätze zu sichern. (Sehr gut!)“

Die Kammer nahm hierauf den Änderungsvorschlag an. Hierauf kam der Vorschlag Reinharts, welcher die Ausschließung von Abgeordneten im Falle fortgefechter Widerständigkeit auf die ganze Tagung ausdehnen will, zur Sprache. Der Ausschluß war zwar auch für eine Verschärfung der bestehenden Haussordnung, befürwortete aber nur eine Ausschließung auf 30 Sitzen statt wie bisher auf 15. Der Abg. Bernach stimmte dieser Änderung zu. Magne brachte einen Gegenvorschlag ein, indem er äußerste Strenge gegen Widerständigkeit beantagierte. Der Berichterstatter Charnier vertrat dagegen die Ansicht des Ausschusses. Découle hieß den Antrag für „ebenso kindlich als widerträgig“ und meinte, der selbe werde die Entrüstung des Hauses nicht unterdrücken, wenn Abgeordnete, die nicht gewählt seien, die Niederbühnen bestreiten. (Plauschreue!) Der Präsident erklärte, er lasse die Rechte eines Abgeordneten anstreiten, dessen Wahl regelrecht für gültig erklärt worden sei. (Beifall!) Einen Änderungsvorschlag Découles, welcher die Benutzung mit zeitweiser Ausschließung aufzuladen will, lehnte das Haus ab und nahm den Antrag des Ausschusses mit 277 gegen 23 Stimmen an. — Der Abg. Castelnau beabsichtigte, den Ministerpräsidenten Tirard über das Übereinkommen zu befragen, welches zwischen der Regierung und den Gruppen der Mehrheit bezüglich der allgemeinen Politik zu Stande gekommen sei. Tirard stellt sich diesem Abgeordneten für Dommertag zur Verfügung und wird sich dann, wenn er Castelnau's Gründe und Absichten genau kennt, entscheiden, ob er ihm antworten soll. Castelnau will das System der Vollversammlungen als eine Verleugnung der Verfassung hinstellen, weil es auf eine Abschaffung der Präsidialwahl der Republik, der Ministerverantwortlichkeit und der Rechte der Minorität hinzuandne. — Der „Autoris“ zufolge wird der Abg. Laur wegen der Teilnahme Frankreichs an der Berliner Konferenz ein Auskunftsbeherrschung an die Regierung verlangen. — In seiner Antwort wird der Minister des Äußern Spuller annehmen, aus welchen Gründen die Schweiz ihre Konferenz ausgezogen habe. Deutschland habe seine anfänglichen Pläne geändert und wolle jetzt eine rein wirtschaftliche Konferenz berufen, an der nicht Diplomaten, sondern Botschafter teilnehmen, welche auch französisch verhandeln. Ein derartiges Vergnügen ist dem Chanceller des deutschen Volkes nicht immer unproblematisch, zumal in diesem Falle, wo tatsächlich keine Freiheit, die eigentlich in diesen Rahmen gehören, in deutlichen nicht aufgenommen werden kann. Darum ist aber bei den diesmaligen Reichstagswahlen der Gedanke, es sei notwendig, die staatliche Ordnung aufzuladen, doch seinen deutlichen Ausdruck gefunden. Es wäre vielleicht noch deutlicher geworden, wenn den einzelnen Wahlkreisen freigehalten hätte, nach ihrer Ansicht allein zu handeln, Botschafter aufzustellen, die ihnen genauso waren, ohne Rücksicht auf die Staatsinteressen.

Nichts wäre verfehlter, wenn man aus der That, daß die speziellsten Kastellparteien nicht mehr die absolute Mehrheit im Reichstage hätten, den Schluß ziehen wollte, daß damit die natürliche deutsche Politik des inneren Ausbaus des Reiches auf verfallungsmäßiger Grundlage eigentlich eine Änderung erzielten würde. Das glaubten auch jene französischen Männer, welche sich in Jubelstimmen über den Zusammenschluß des Kastells ergaben.

Wahr denn je ist, daß die Mehrheit gezeigt und wiederholt anerkannt, daß alle diejenigen Parteien, welche unsere staatliche und gesetzliche Ordnung erhalten wollen, sich zusammenzuhalten; so hat diese der zwanzig im Kastell verfehlte, aber von großer überwältigender Macht gebildete, das Kastell ebenfalls als richtig anerkannt Gebante der den Reichstag wählen den Zug davorgetragen, und was darf ohne, daß der Zusammenhalt der Staatsverhältnisse Elemente gegen die Umwaltungspartei nur Vorherrschaft machen würd.

Nur ein im engsten französischen Beziehungen stehende eines Zusammenschlusses des Kastells sprechen, da bei leidende Gebeine, wie jetzt momentan bei den Stimmabzügen deutlich zu erkennen ist, ist alle bürgerlichen Parteien berechtigt.

— Paris, 26. Februar. In der Kammer wurde gestern der Änderungsvorschlag zum Gesetz über die militärischen Zwangsläufe, welcher den bürgerlichen Behörden fünfzig gestattet soll, die sie im Namen der Militärverwaltung vorzunehmen, verhandelt.

Die Abg. Holz d'

bei der Errichtung zu unterstützen", so sollte die Regierung diese Einladung annehmen." Trotz der großen Weisheit, mit welcher der Antrag Grants verworfen wurde, darf man an der längst vertretenen Ansicht der Presse festhalten, daß, allen übrigen Rücksichten zum Trotz, aus Höflichkeit schon des Kaisers wohlwollende Absicht ein bereitwilliges Entgegenkommen verdiene. Im Punkte der Arbeitsstundenbeschränkung haben eben die Meinungen sich noch nicht gellärt. England hat noch nicht Stellung dazu genommen, und die englische Regierung, die von der öffentlichen Meinung abhängt, würde sich gegen die Grundbedingungen ihres Dokuments vertheidigen, wenn sie ohne Genehmigung dieses höchsten Richterstuhls ihre Vertreter ansprechen zu erscheinen. Der heftige Gegner des Antrags war der Individualist Bradlaugh, dessen freisinniger Radikalismus sich nicht aus dem Formelweken des Manchestertums erheben kann. Er befürwortete nicht allein die Arbeitszeitbeschränkung, sondern jedoch Ermischung des Staates in die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Er verurteilte den Staat noch wie vor dem Rückwärtsrücken, streitete der Regierung überhaupt das Recht ab, Vertreter zur Erörterung von möglichen Gelehrten anzuschicken, welche sie nachträglich beanstanden müssen, und giebt den auswärtigen Mächten den bekannten Rat, abzurufen und dadurch die Zahl der Produzenten zu mehren, sonst würden die Arbeiter durch royalistische Freiwillige in Sämpfe geführt, aus denen sie alle Professoren der Marx-Partei nicht retten könnten. Bradlaugh hält an den Lohngefechten, an dem freien Wettbewerb und an den Verbündungen der Arbeiter unter sich mit der unberührbaren Kurschärfigkeit des Theoretikers fest, und einen so wütigen und arbeiterfeindlichen Eindruck macht seine geistige Rede, daß ihm die "Pall Mall Gazette" heute einen Taufelmons nammt, dessen Äußerungen starres Törichtum atmen. Sicher ist eins, daß der manchesteiner Radikalismus eine andere Sprache führen muß als die Bradlauchs, wenn er die Arbeiter sich unterhängen erhalten will. Viele Arbeiter verzweifeln sich allzu leicht die Grenzen zwischen den alten Radikalen und den modernen Sozialdemokraten, da letztere ihm die Erfüllung all seiner Wünsche in Aussicht stellen. So tritt heute schon in der "Times" der frühere Führer der Social Democratic Federation H. M. Hyndman mit einer Fülle von Versprechungen auf. Wenigstens 20 Sozialdemokraten sollen in London für die nächsten Generalwahlen aufgestellt werden, ganz unabhängig von den bisherigen politischen Parteizeichnungen; sie werden den unverhüllten Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit und deren Verwüstung durch die staatliche Beschlagsnahme aller Erzeugungswerzeuge über und unter der Erde verkünden; und jedem Arbeiter wird dann klar werden, daß die Sozialdemokratie die wissenschaftliche Religion der Menschheit ist. Die sozialistischen Wahlkriege in Deutschland begrüßt Hyndman als ein Zeichen, daß die gebildete Nation in Europa das neue Evangelium schon begriffen hat; und daher waren des Kaisers Wählerklasse fruchtlos geblieben. Diesen Verfehlungen gegenüber wird Bradlaugh wohl daran thun, etwas sozialistischen Wein in radikales Wasser zu gießen. Der Fortgang der geistigen Erörterung gestaltet sich zu einem Zweikampf zwischen ihm und dem Tondemokraten Lord A. Churchill. Letzterer sieht befehllich schon mit seinem Vorliebensoffenen Lord Dunraven auf dem Arbeitsstundenspunkt, und wenn er auch gestern als Mitglied der liberalen Union gegen den Antrag stimmte, so befürwortete er doch dessen Inhalt nach Kräften und führte aus Sir Ch. Dilles neuestem Werk zahlreiche Beweise an, daß in Amerika, Australien und am Kap die Arbeitszeitbeschränkung schon längst von oben herab geregelt sei.

— 27. Februar. In der heutigen Sitzung des Unterhauses teilte Unterstaatssekretär Ferguson mit, die neuesten Berichte britischer Beamten auf Kreta besagen, daß der Zustand auf der Insel im allgemeinen ruhig sei; in den Dörfern lämen nur noch die auch sonst gewöhnlichen Klagen vor. Im allgemeinen schienen Blünderungen und Gewaltthaten aufgehoben zu haben. In den Städten wurden wohl zuweilen noch aufrüttende Berichte verbreitet; einige Anklagen über Grausamkeit der Truppen hätten sich jedoch als unbegründet herausgestellt. Aus Griechenland zurückgekehrte Flüchtlinge würden von den Behörden nicht behelligt und alle Flüchtlinge, 10 ausgenommen, könnten frei zurückkehren. Wenn der Kirmann den Erklärungen des Bali gemäß ausgeführt werde, sieht

der Kanzler unübertraglich ist. Wir werden keine Sunde lang an jene peinlichen und widerlichen Einwirkungen erinnern, die stets ein den Dialekt quälender Minne oft den ganzen Abend hindurch für sein armeliges Talent zu Hilfe rufte.

Der Kanzler wurde durch den besten Vohu: natürliche Hinnahme der Natürlichkeit und herzliches Lachen gespielt.

C. B.

Naturkunde. Im Lichthof der Berliner Bergakademie hat, wie man der "Tägl. R." schreibt, seit kurzem das größte Pflanzenfossil des europäischen Kontinents Aufstellung gefunden, das im Jahre 1884 gleichzeitig mit einem ähnlichen Fossil in dem Piesberger Steinkohlenbergwerk aufgefunden worden ist, welches sich zur Zeit im Osnabrücker Museum befindet. Unter vielen Rüben sind die mächtigen, viele Zentner schweren Fossilien südwärts herausbefördert und am Tagelicht wieder zusammengelegt worden. Das jetzt nach Berlin gelangte Exemplar, ein Geschenk des Osnabrücker Magistrats, ist ein Stück jener riesenhafte Vorjahren unserer kleinen Völker (Lycopodium) und wird mit dem Namen Sigillaria oder Lepidodendron bezeichnet. Es besteht in einem Stammsystem von etwa 1 m im Durchmesser, der unten in gabelig geteilt, horizontal verlaufende, mächtige Wurzel ausgediebt, die einen Höhenraum von etwa sechs Durchmessern einnehmen. Die Stammoberfläche entspricht der des Holzes, welche sogar nach Oberflächenzeichnung die Form längstesteter Rinde aufweist. Die Rinde ist als hölzeriger Rest hier und da noch bemerkbar. Mehrere der Wurzelendigungen zeigen "Stigmata" von der ty-

pischen Form: kreisförmige kleine Wölfe, deren Mittelpunkte scharf hervortreten. Es sind die Narben eigentlich langer, lang culinischer Anhänge, welche dazu gedient haben, dem Baum Nährstoffe aus dem Schlamm zu ziehen. Abgeschnitten von den kohlenigen Resten, die sich hier und da auf der Oberfläche als Überbleibsel der Rinde finden, besteht das Fossil aus Thonschiefer. Um die Entstehung des eigenartigen Bildes zu begreifen, muß man annehmen, daß der Stammrest mit seinen Wurzeln zunächst im Schlamm eingebettet lag, der noch und noch erhöhte, die Stammteile gingen dann durch Verwitterung zu Grunde, so daß nur der kohlige Rest übrig blieb und eine mächtige Höhle entstand; in die drang thoniger Schlamm, der ebenfalls erhöhte und die äußere Form des Stammrestes abdrückte. Der Endrest, den das mächtige Fossil auf den Besucher macht, ist ein sehr fremdartiger, der durch die erhabene von unsrer jetzt lebenden Bäumen abweichende Wurzelform verursacht wird.

* Auf dem Boden des Garda-Sees, etwa 200 m östlich von der Halbinsel Sermione, ist eine warme Quelle entdeckt worden, die als ein Strahl von 15 cm Durchmesser zur Oberfläche emporsteigt, und die eine Temperatur von 37° C. (d. i. die Temperatur der Thermen von Gastein) besitzt. Diese Quelle wird zu Böden von der Spekulation sehr bald aufgebaut werden.

† Am 22. d. Jrs. ist in Kopenhagen der am 23. Mai 1884 geborene dänische Genre- und Historienmaler Karl Heinrich Bloch, Professor an der Kopenhagener Kunsthochschule, welcher auch in Deutschland wohl bekannt und geschätzt war, gestorben. Mit ihm

wahres. Für einen unbefangenen Beobachter stellt sich die Sache wohl so dar, daß, als die hiesige Studentenschaft eine Auseinandersetzung gegen die bulgarisch-komarowische Karte veranstaltete, die macedonischen Studenten nicht daran teilnehmen wollten, wodurch sie sich hier unmöglich machen. Dass nun Bulgarien sich dieser Leute annahm, ist gewiß kein Verbrechen und würde hier am wenigsten verleiten; was man aber tut und was auch von unbeteiligter Seite als Fehler bezeichnet wird, ist, daß die bulgarische Agentur vielen dieser Leute, welche doch insgesamt vielfältige Unterthanen sind, bulgarische Pässe ausstellt. Dadurch hat die serbische Presse einen Anhaltspunkt gewonnen für die Behauptung, daß die hiesige bulgarische Agentur keine bloß passiven Rolle in der Sache gespielt habe. Es ist möglich, daß Ruhland erkennt, daß die Angelegenheit Panica eine Schlappe erlitten zu haben, und besser zu thun glaubt, sich von jedem Eingreifen in die bulgarischen Angelegenheiten vollständig zu enthalten bis zum geeigneten Augenblick, wie es der fragliche Brief durchblättert läßt, und was nach der Meinung der hiesigen Politiker so viel heißen soll, daß Ruhland ganz einfach mit seinen Rüstungen noch nicht fertig ist. Ähnlich verhält es sich mit der Erklärung, daß Ruhland in erster Linie auf die Erhaltung des Friedens bedacht. Auch dies ist eine Befreiung, den Frieden zu erhalten, erklärt man sich hier durch die einfache Thatloche, daß Ruhland genug gewagt noch nicht in der Lage ist, einen Krieg zu führen. — Was die Forderung Ruhlands an Bulgarien betrifft Bezahlung des Rückstandes in der Schulden für die Occupationssosten anbelangt, so ist der "Pol. Cor." bereits berichtet worden, daß diesem Verlangen ohne Aufschub Folge geleistet werden wird. Der Rubel wird dabei nach dem Kurse zu der Zeit berechnet werden, da die jeweiligen Raten fällig waren, der gesamte Betrag aber dem Baron Wangenheim, welcher mit der Vertretung der russischen Interessen betraut ist, übergeben werden. Eine weitere Forderung Ruhlands von 572.888 Rubel in Papier für verschiedene Waffen- und Munitionslieferungen zur Zeit der russischen Generale in Bulgarien wird nach Überprüfung der Rechnungen gleichfalls beglichen werden. Der bulgarischen Regierung hätte es an stichhaltigen Gründen nicht gefehlt, die Regelung der Angelegenheit in die Länge zu ziehen; die Frage der Legitimation des für Ruhland verhandelnden Deutschen Vertreters, die Formalitäten der Amtstücht und endlich die Berufung auf die durch den feindzeitigen Utaß des Kaisers Alexander II. verbürgte Bestimmung der betreffenden Summe wären ebenjoule Anhaltspunkte zu einer Beleidigung oder Verzögerung der Zahlung gewesen; daß sich die bulgarische Regierung derselben nicht bedient hat, ist ein Beweis ihrer Loyalität, der man überall im Ausland die größte Anerkennung wird zollen müssen.

— Belgrad, 26. Februar. Es kommt mehrfach nicht vorvorausgesehen werden, daß die vielgenannte Komarowische ethnographische Karte der Balkanländer sogar zu einem diplomatischen Streit zwischen Serbien und Bulgarien führen werde. Man kann jetzt nämlich mit ziemlicher Sicherheit behaupten, daß jene Publication, welche in Serbien so viel Entzückt, in Bulgarien kaum verholt Freude hervorruft. Ausgangspunkt war für den kontreinen Zwischenfall, der beiderseits wohl mehr als nötig angebauscht worden ist. Man weiß, um was es sich handelt. Gegen zwei Dutzend Junglinge aus Macedonia, welche hier auf Staatsosten studierten und in dem Pensio-nate der hiesigen St. Sava-Gesellschaft untergebracht waren, um nach Vollendung der Studien als Vertreter der serbischen Sache in ihre Heimat zurückzufahren, sind nach Sofia gegangen, um dort ihre Studien fortzuführen, um dort ihre Söhne fortzuführen. Serbischkeits wurde nun behauptet, die hiesige Vertretung Bulgariens habe den jungen Leuten durch Geld und Versprechungen zu dieser Revolution verleitet und sie auch dazu mit Neide-dokumenten versehen; bulgarischerseits wieder stellt man die Sache in ganz anderem Lichte dar: man sagt, daß hier dieser im Grunde bulgarischen Junglingen zugemutet worden wäre, ihre Nationalität abzuleugnen und daß man sie ob ihrer Beleidigung verstoßen habe, worauf erst die bulgarische Agentur ihrer Annahme.

An allen diesen Behauptungen ist etwas

Wahrheit. Für einen unbefangenen Beobachter stellt sich die Sache wohl so dar, daß, als die hiesige Studentenschaft eine Auseinandersetzung gegen die bulgarisch-komarowische Karte veranstaltete, die macedonischen Studenten nicht daran teilnehmen wollten, wodurch sie sich hier unmöglich machen. Dass nun Bulgarien sich dieser Leute annahm, ist gewiß kein Verbrechen und würde hier am wenigsten verleiten; was man aber tut und was auch von unbeteiligter Seite als Fehler bezeichnet wird, ist, daß die bulgarische Agentur vielen dieser Leute, welche doch insgesamt vielfältige Unterthanen sind, bulgarische Pässe ausstellt. Dadurch hat die serbische Presse einen Anhaltspunkt gewonnen für die Behauptung, daß die hiesige bulgarische Agentur keine bloß passiven Rolle in der Sache gespielt habe. Es ist möglich, daß Ruhland erkennt, daß die Angelegenheit Panica eine Schlappe erlitten zu haben, und besser zu thun glaubt, sich von jedem Eingreifen in die bulgarischen Angelegenheiten vollständig zu enthalten bis zum geeigneten Augenblick, wie es der fragliche Brief durchblättert läßt, und was nach der Meinung der hiesigen Politiker so viel heißen soll, daß Ruhland genug gewagt noch nicht in der Lage ist, einen Krieg zu führen. — Was die Forderung Ruhlands an Bulgarien betrifft Bezahlung des Rückstandes in der Schulden für die Occupationssosten anbelangt, so ist der "Pol. Cor." bereits berichtet worden, daß diesem Verlangen ohne Aufschub Folge geleistet werden wird. Der Rubel wird dabei nach dem Kurse zu der Zeit berechnet werden, da die jeweiligen Raten fällig waren, der gesamte Betrag aber dem Baron Wangenheim, welcher mit der Vertretung der russischen Interessen betraut ist, übergeben werden. Eine weitere Forderung Ruhlands von 572.888 Rubel in Papier für verschiedene Waffen- und Munitionslieferungen zur Zeit der russischen Generale in Bulgarien wird nach Überprüfung der Rechnungen gleichfalls beglichen werden. Der bulgarischen Regierung hätte es an stichhaltigen Gründen nicht gefehlt, die Regelung der Angelegenheit in die Länge zu ziehen; die Frage der Legitimation des für Ruhland verhandelnden Deutschen Vertreters, die Formalitäten der Amtstücht und endlich die Berufung auf die durch den feindzeitigen Utaß des Kaisers Alexander II. verbürgte Bestimmung der betreffenden Summe wären ebenjoule Anhaltspunkte zu einer Beleidigung oder Verzögerung der Zahlung gewesen; daß sich die bulgarische Regierung derselben nicht bedient hat, ist ein Beweis ihrer Loyalität, der man überall im Ausland die größte Anerkennung wird zollen müssen.

richtung des Landeskonsistoriums auf das letztere übergegangen sind, so hat auch die Einsendung kirchlicher Zeugnisse zur Legalisation in Zukunft unmittelbar an das Landeskonsistorium zu geschehen.

Durch Verleihung besonderer Anerkennungsurkunden sind seitens des evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums neuwärts die nachstehend benannten, als der Handelsräte August Richter in Lindenau bei Leipzig, der hochbetagte Gemeindemeister Johann Gottlob Siegenburg in Reichsdorf, der Gemeindemeister Friedrich Neilmann in Schmiedeberg und der Gemeindemeister Christian in Aue auszeichnet worden und es wurden diese Urkunden den Bezeichnungen durch ihre Christpanzer feierlich überreicht.

J. Für das durch Emeritierung zur Erledigung gelangende Direktorat der 10. Bezirkschule hat der Schulausschuß unter den drei vom Rate vorgeschlagenen Schulmännern Herr Paul Schulze, Lehrer an der 1. Bürgerschule, gewählt.

J. Da unter städtischen Volksschulen wird nach einer Wahrscheinlichkeitsberechnung nächste Ütern sich die Zahl der Schulkinder auf 29.841 erhöhen. Es sind darum 14 neue Klassen mit 12 neuen Lehrern erforderlich. Dieser Lehrerzuschlag bedingt nach den bestehenden Vermehrungen die Vergrößerung von 10 Klassengruppen und 2 Hilfslehrstellen. Der Gesamtbetrag an Lehrerbildungen beträgt 1.231.762 M. 50 Pf. für 633 Stellen. Die 9 Bürgerschulen benötigen einen Aufwand von 177.728 M., die 22 Bergschulen mit den Klassen für Schwachhändige 1.001.475 M., so daß die Gesamtkosten von 1.179.203 M. ergeben. Die Gesamtkosten für das häusliche Volksschulwesen beträgt sich auf 1.767.805 M., der eine Einschätzung von 367.805 M. gegenübersteht, so daß der durch die Schulalogen zu deckende Betrag 1.400.000 M. beträgt.

— Am Mittwoch abend fand im Saale des Armenamtes die diesjährige Hauptversammlung des Vereins gegen Armut und Bettelniß statt; der Verein hat damit genügsamer das erste Jahrzehnt seines Bestehens geschlossen. Der Rückblick auf die Vereinsgeschichte, mit welchen der Vorsitzende, geh. Regierungsrat Dr. Böhmer die Sitzung eröffnete, zeigt deutlich, daß sich der Verein seit dem Anfang und Höhe der Bürgerkriegszeit erfreute — er zählte stets über 4000 und jetzt über 5000 Mitglieder — und daß seine Leistungen von Jahr zu Jahr gewachsen sind. Von den anwesenden Mitgliedern wurde auch dem Vorstand und den Beamten des Vereins für ihre treuen Dienste herzlicher Dank ausgesprochen. Die hiesigen Angelegenheiten wurden recht erledigt, indem die Jahresrechnung richtig geprüft, die Revisions, nämlich die Herren Anton Matthes, Antonius, und Dr. Alppold und Geheimrat Dr. Ulrich ebenso wie die auscheidenden Vorstandsmitglieder, Rechtsanwalt Krug, Schuldirektor Dr. Müller und Regierungsrat Dr. Stumpf, wiedergrüßt wurden. Noch am Ende des Vereins aus im nächsten Jahrzehnt ein seiges Hochzeitsfest feiern.

E. Nachdem es im oberen Ergebnis bereits zu Anfang dieser Woche, sowie in der vorvergangenen Nacht aufs neue leicht gefallen hatte und dadurch die Schlittenbahnen wieder eine bessere geworden waren, erfolgte dort oben — sowohl in der letzten Nacht, als am heutigen Vormittage — ein bedeutender Schneefall mit zeitlichen Verzerrungen. Noch bei erwähnt, daß im Stadt vom Dienstag zum Mittwoch im mittleren Ergebnis weniger eisfeste Kälte herrschte hat, als auf mehreren dehenden zwischen Höhen in unmittelbarer Nähe Tredens, auf welch letzteren bis 10 Grad Celsius unter dem Gefrierpunkte verblieben worden sind.

* Der Monat Februar verabschiedet sich im schönen Winterkleide. Seit heute früh hat sich bei 2 Grad R. Kälte ein lütiges Schneetreiben eingestellt und häufiglich der nach den Vorhören oder Nachbarorten Wandern ist erfreut durch den in diesem Winter so seltenen Anblick einer prächtigen Winterlandschaft. Freilich ist zu befürchten, daß die Herrlichkeit von seiner langen Dauer sein wird, da die Sonne in jünger Zeit sehr schnell die Gaben des Winters wieder zu zerstreuen pflegt.

— Die nachstehende, von dem evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium in der soeben ausgesetzten Nummer seines Verordnungsblattes veröffentlichte Bekanntmachung dient für die sämtliche Landeskonsistorialität von Interesse sein: Die Transfleuräquivalente der Geistlichen wurden bekanntlich leider im Monat März jedes Jahres auf die Pensionslastenbeiträge in Abrechnung gebracht. Mit Rücksicht auf den von den Ständen bereits genehmigten und jedenfalls Gelehrten erlangenden Gelehrtenfall wegen Befalls der Pensionskasse kann eine gesetzliche Anordnung von jetzt ab nicht mehr stattfinden und das gesetzliche Transfleuräquivalent der Geistlichen werden vom Jahre 1890 ab im Monat September gleichzeitig mit den Zinsen der Abblutumskapitalien gegen Quartung von der Kasse des Königl. Kultusministeriums ausgezahlt werden.

— Nach einer weiteren Bekanntmachung derselben Behörde haben einzelne Präbänder wiederlich kirchliche Zeugnisse, welche der Legalisation bedürfen, an das Königl. Kultusministerium zur Legalisierung bei weitem Vermittelung eingeliefert. Dieses Verfahren ist unrichtig; denn da alle Geschäfte und Befugnisse des evangelisch-lutherischen Kirchenamtes, welche früher dem genannten Königl. Ministerium zugestanden haben, seit Er-

Dresdner Nachrichten

vom 28. Februar.

* Sonnabendvesper in der Kreuzkirche nachmittags 2 Uhr: 1. Präludium für Orgel (C-moll) von Joh. Sch. Bach; 2.) "Misere mei, Deus, secundum magnam misericordiam tuam", Messa secunda von Johannes Gabrieli (1557-1613), Leiter von Heinrich Schütz. 3.) "Zerreiße eure Herzen und nicht eure Kleider", Requiem, Requiescat et Rie aus "Elios" von Mendelssohn-Bartholdy, gesungen von den H. Mus. Ronneburg; 4.) "Adoramus te, Christe", Motette von Ernst Fried. Richter (1808-79).

— Die nachstehende, von dem evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium in der soeben ausgesetzten Nummer seines Verordnungsblattes veröffentlichte Bekanntmachung dient für die sämtliche Landeskonsistorialität von Interesse sein: Die Transfleuräquivalente der Geistlichen wurden bekanntlich leider im Monat März jedes Jahres auf die Pensionslastenbeiträge in Abrechnung gebracht. Mit Rücksicht auf den von den Ständen bereits genehmigten und jedenfalls Gelehrten erlangenden Gelehrtenfall wegen Befalls der Pensionskasse kann eine gesetzliche Anordnung von jetzt ab nicht mehr stattfinden und das gesetzliche Transfleuräquivalent der Geistlichen werden vom Jahre 1890 ab im Monat September gleichzeitig mit den Zinsen der Abblutumskapitalien gegen Quartung von der Kasse des Königl. Kultusministeriums ausgezahlt werden.

— Nach einer weiteren Bekanntmachung derselben Behörde haben einzelne Präbänder wiederlich kirchliche Zeugnisse, welche der Legalisation bedürfen, an das Königl. Kultusministerium zur Legalisierung bei weitem Vermittelung eingeliefert. Dieses Verfahren ist unrichtig; denn da alle Geschäfte und Befugnisse des evangelisch-lutherischen Kirchenamtes, welche früher dem genannten Königl. Ministerium zugestanden haben, seit Er-

Instrumente, sowie über die Natur des Schmiedeeisens und Stahls. Seit 1827 Scriptor an der königlichen Bibliothek zu München, ging er 1833 nach Scheibenberg, um die Stahlbereitung und das Puddlingsverfahren näher kennen zu lernen. Er errichtete zu Swansea ein Laboratorium und errand 1836 die erste Puddlemühle, um Schmiedeisen anstatt durch Menschenhände mit Hölzern zu bereiten. Er entdeckte auch zuerst die Anwendung des Stahlstoffs im Eisen und konstruierte ein Vibrationsphotometer. Seine Abhandlung "Über die Ursachen der Tammsche Schmelzreaktion" (1841) erwarb ihm die große Tammsche Medaille. In sein Vaterland zurückgekehrt, führte er mit Böhmen sein Verfahren auch in Bayern ein. In die bayerische Akademie der Wissenschaften aufgenommen und zum Konferenziator des geognostischen Kabinetts ernannt, erhielt er 1843 die Professur für Geognosie, Bergbau und Hüttentechnik und 1849 das Amt eines Oberbibliothekars in München. Vielzahl in Kommissionen für naturwissenschaftliche und technische industrielle Zwecke, am den Ausstellungen von 1851 in London und 1854 in München auch als Juror beschäftigt, enthaltene Schriften eine rege schriftstellerische Tätigkeit, vorgezogene auf dem Gebiete der Erforschung der Alpen. Aus der großen Zahl seiner Schriften seien hervorgehoben: "Geognostische Untersuchungen des südbayerischen Alpengebirges" (1851), "Südbayerns Lethaea geognostica" (1863). Der alte gregorianische Choral in seiner Entwicklung bis zur Kirchenmusik unserer Zeit" (1869). Unter seinen Erfindungen sind ferner zu nennen ein akustometrischer Oszilator, ein Arktometer, ein Phonometer, ein Taschenphonometer etc.

— Professor v. Schafhäutl. Aus München ist der Tod des Professors der Staatswirtschaft u. Schafhäutl gemeldet worden. Mit ihm ist der Rektor der deutschen Fakultät geschieden, welche auf die Entwicklung der Technik, insbesondere der Eisenindustrie, einen weitreichenden Einfluß ausgeübt haben. Carl Georg Schafhäutl war am 19. Februar 1863 zu Ingolstadt geboren; er studierte Medizin und Naturwissenschaften, vorzugsweise Physik und Chemie, beschäftigte sich mit Vorliebe mit der Anwendung mathematischer und physikalischer Instrumente und veröffentlichte schon als Student unter dem Namen Emil Pelizzetti einige Abhandlungen

Dresdner Börse, 28. Februar 1890.

Für die Gesamtfeilung verantwortlich: Befehl Otto Banf, Professor der Historie und Geschichts-

(49 3.) in Terßen.